

keine Mühe hatte, sich des Parlaments zu bedienen, um größer zu werden, dann war es geboten, solches Wachstum im Sinne des freien Wettbewerbs zu begrenzen.

Das bürgerliche Strafrecht und die bürgerlichen Verkehrsformen sind darauf gerichtet, den Wettbewerb um physische Überlegenheit zu unterbinden. Die Starkliberalen setzten diesen Weg der Kultivierung sozialer Beziehungen fort, indem sie Bedingungen schaffen wollten, die verhindern, dass der Wettbewerb am Markt zu ökonomischer und politischer Macht führt. Die Abschaffung der grenzenlosen Käuflichkeit ist also Voraussetzung dafür, dass Märkte mit tatsächlichem Leistungswettbewerb entstehen können. Es geht dabei um ein allgemeines Prinzip aufklärerischen Fortschritts, das weit in die Gesellschaft hineinreicht.

Die eigentümliche Schwäche eines Großteils bürgerlicher Kultur war, dass ihre emanzipatorischen Prinzipien auf die eigene soziale Klasse und hier auf die Privatsphäre beschränkt blieben. Außerhalb dieser Sphäre jedoch wurde die Universalisierung der Käuflichkeit geduldet und sogar gefördert.

9.9 Thomas Paine: Das Prinzip Entmachtung in der Tagespolitik – Entmilitarisierung

Alle Ideen und Konzepte, die dieses Buch in eine Tradition der Entmachtung stellt, wurden von ihren Verfechtern ausdrücklich aus den Menschenrechten abgeleitet. Es genügt aber nicht, die Schöpfer des starken Liberalismus lediglich in Bezug auf ihre politischen Paradigmen zu untersuchen. Eine Strategie der Entmachtung kann auch implizit und partiell zur Wirkung kommen. In diesen Fällen reagieren Starkliberale ohne große sozialtheoretische Ableitungen auf Grundfragen ihrer Zeit in einer Weise, die Macht delegitimiert.

Paine war wie Thelwall der Ansicht, freier Tausch und Wettbewerb durch Leistung böten die beste Möglichkeit zur Verwirklichung der Menschenrechte im ökonomischen Bereich. Beide legten das Kriterium der Leistung an, wenn es um die Legitimität des großen Eigentums an Boden ging. Beide wandten dieses Kriterium aber auch auf die weltweit agierenden Handelsgesellschaften an. Deren Vertreter, die übrigens andere Ziele verfolgten als die Großgrundbesitzer, waren die zweite Säule ökonomischer Macht in England. Thelwall zufolge stand die East India Company für ein »System monopolisierender Korruption«, das in eine »Verschwörung zum Kauf des Unterhauses³⁸ eingetreten sei.

Die großen Handelsgesellschaften machten nicht einfach korrupte Geschäfte. Es war die Verflechtung ökonomischer und politischer Macht, welche die Kompanien erst entstehen, dann groß und größer hatte werden lassen. Ihr ausbeuterischer

³⁸ John Thelwall, wie Anm. 27 Kap. 9, S. 297 unten.

Handel war seitens der englischen Regierung mit indirekter wie direkter militärischer Gewalt gestützt worden. Dies zu kritisieren war gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich aber war, nicht bloß die Misswirtschaft der monopolistischen Handelskompanien anzuprangern, sondern – wie Paine – die Grundlage für ihr Unwesen zu beschreiben und vorzuschlagen, sie einfach abzuschaffen.

Darüber hinaus forderte Paine die Abschaffung sämtlicher monopolistischer Rahmenbedingungen. Ohne diesen Schritt, so seine Erkenntnis, würden die Handelsgesellschaften, gestützt durch staatliches Militär und private Armeen in den Kolonien, ihre Schiffe weiter über die Meere schicken. Die Kompanien würden sich im besten Fall von Monopolisten in Oligopolisten verwandeln:

»Die Vorstellung, eine Kriegsflotte zum Schutz des Handels haben zu müssen, ist irrig. Das heißt, Mittel der Zerstörung als Mittel des Schutzes hinzustellen. Der Handel bedarf keines anderen Schutzes als des gegenseitigen Vorteils.«³⁹

Aus dieser Einschätzung Paines ergab sich die Forderung nach einer fast vollständigen Entmilitarisierung Englands wie von selbst. Das Schutzschild der Kompanien sollte beseitigt werden, auf dass freier Handel für alle möglich sein würde.

9.10 Thomas Paine: Das Prinzip Entmachtung in der Tagespolitik – Kritik an der Staatsverschuldung

Der Antiprotektionismus der wichtigsten Entmacher vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts kritisierte nicht bloß eine so aggressive Aktivität wie den militärischen Schutz des Reichtums nach innen und außen. Er bezog sich auch auf scheinbar neutrale Bereiche wie das Geldsystem.

Mit einer Politik des »harten Geldes« und der Beschränkung staatlicher Schulden verbinden wir heute eine »wirtschaftsliberale« Politik, die den Interessen der »Wirtschaft« dienen soll. Freilich haben beide von Ideologie geprägten Begriffe wenig mit der politischen Realität zu tun. Unter dem besonders wirtschaftsliberalen Politiker Ronald Reagan (1911–2004), Präsident der USA in den 1980er Jahren, wurde in den Vereinigten Staaten eine rücksichtslose Verschuldung betrieben; nicht zuletzt, um den Rüstungsunternehmen, mit denen die Regierung verfilzt war, große Aufträge zu verschaffen. Hinter der Rede vom »harten Geld« und »monetären Gleichgewicht« verbirgt sich ebenfalls viel Ideologie. Im Zuge der Globalisierung – besser gesagt: im Kampf um die besten Positionen auf den Weltmärkten – lockerten Regierungen wie die der Bundesrepublik Deutschland

39 Thomas Paine, wie Anm. 7 Kap. 4, S. 327.